



Klaus Hagemann

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Worms-Alzey-Oppenheim

Mitglied im Haushaltsausschuss
Mitglied im Petitionsausschuss

Wahlkreisbüro Worms
Tel. 0 62 41 – 30 52 49
Fax: 0 62 41 – 30 52 54
klaus.hagemann@wk.bundestag.de
www.klaus-hagemann.de

**Sozialverband VdK Kreisverband Worms
diskutiert mit SPD-Politikern über
Sozialpolitik**

MdB Hagemann: 78 Milliarden Euro aus
Bundeshaushalt für Renten

Osthofen, 21. Februar 2007

Ganz im Zeichen der gegenwärtigen Sozialpolitik stand ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen Vorstandsmitgliedern des VdK-Kreisverbandes Worms und SPD-Politikern im Osthofener Bürgerhaus. Der Sozialverband VdK hatte gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Klaus Hagemann eingeladen, um über die Herausforderungen an ein gerechtes Rentensystem in einer älter werdenden Gesellschaft zu diskutieren. Als Podiumsgäste begrüßte der VdK-Kreisvorsitzende Otto Stridde neben Hagemann auch die Landtagsabgeordnete Kathrin Anklam-Trapp sowie den Geschäftsführer der Wormser SPD, Stephan Wilhelm.

Es war vor allem die Furcht vor einer Armut im Alter, die vielen der rund 90 Gäste Sorgen bereitete, angefacht durch Arbeitslosigkeit, Nullrunden bei den Renten und angesichts steigender Lebenshaltungskosten. Besonders die steigenden Energiepreise machten den Rentnern dabei zu schaffen. Als Haushaltspolitiker wies Hagemann auf die besonderen finanziellen Ausgangsbedingungen hin, die es in der sozialpolitischen Debatte zu beachten gelte. „78 Milliarden Euro werden im kommenden Jahr vom Bund als Rentenzuschuss aus dem Bundeshaushalt ausgezahlt, was damit der weitaus größte Posten im aktuellen Haushalt ist“, informierte der SPD-Parlamentarier. Rund 27 Milliarden Euro stellt der Bund für das Arbeitslosengeld II inklusive des Wohngeld-Anteils zur Verfügung mit dem Ziel, Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Weitere Ausgaben für Familien und Arbeitslose erhöhten den Sozialhaushalt auf rund 120 Milliarden Euro, was etwas weniger als die Hälfte des gesamten Haushaltsvolumens ausmache.

Bei den Staatsausgaben seien aber immer auch ausreichende Investitionen in die

Zukunftsbereiche Bildung und Forschung wichtig, für die der Bundespolitiker sich einsetzt. Das zu verteilende Geld wie auch die Belastungen der Bürger sollten immer nach dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit verteilt werden, betonte Wilhelm.

Aufgrund des demographischen Wandels werden die Ausgaben für die Rentenversicherung sich zukünftig noch weiter erhöhen und die Zahl der Beitragszahler werde abnehmen. Darauf müsse die Politik reagieren, stimmten die Diskutanten überein. Ein späterer Renteneintritt durch die Rente mit 67 sei deshalb ein zwangsläufig notwendiger Schritt. „Wer jedoch 45 Jahre gearbeitet hat, erhält seine Rente ohne Abzüge“, hob Hagemann hervor. Auch für körperlich besonders belastende Tätigkeiten sollten Ausnahmeregelungen gelten. Der SPD-Bundespolitiker plädierte angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs auch für angemessene Lohnerhöhungen, wodurch auch die Rentenkassen mehr einnehmen würden. Von Arbeit müsse man auch leben können, was durch Mindestlöhne gesetzlich garantiert werden sollte. Die SPD-Politiker waren sich jedoch darin einig, dass die gesetzliche Rente auch in Zukunft die Grundbedürfnisse der Bürger abdecken müsse.

Durch den Gedankenaustausch mit dem Sozialverband VdK Kreisverband Worms habe man einige wertvolle Anregungen für die politische Arbeit erhalten, so dass der Dialog auch in Zukunft fortgesetzt werden soll.

Marco Sussmann